



Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen GmbH

## Inhaltsverzeichnis

10.10.2024	Berliner-Kurier.de: DDR-Kernkraftwerk Greifswald: Vom Hoffnungsträger zum „Tschernobyl-Nord“	3
14.10.2024	Hersfelder Zeitung: Letztes Kapitel in Gorleben	5
12.10.2024	BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN Bruchsaler Rundschau: Castor-Info jetzt auch am Dienstag	6
12.10.2024	Braunschweiger-Zeitung.de: Zoff um Asse II: Wolfenbütteler Kreistag legt sich mit Behörden an	7

Autor/-in: Peter Althaus

Visits (VpD): 0,085 (in Mio.)

Mediengattung: Online News

Weblink: <https://www.berliner-kurier.de/ddr/ddr-kernkraftwerk-greifswald-vom-hoffnungstraeger-zu-tschernobyl-nord-ii.2261293>

# DDR-Kernkraftwerk Greifswald: Vom Hoffnungsträger zum „Tschernobyl-Nord“

Das Atomkraftwerk bei Lubmin sollte den Energiehunger der DDR decken. Doch mit der Wende kam das Aus. Dabei waren zwei Reaktoren sicherer als manche im Westen.

Der Parkplatz vor dem einstigen *Volks-eigenen Kombinat Kernkraftwerke „Bruno Leuschner“ Greifswald* ist gut gefüllt. Es reihen sich viele Mittelklasswagen mit Kennzeichen aus der Region aneinander. Dahinter liegt der sanierte Eingangstrakt des früher größten Atomkraftwerks der [DDR](#) mit einem schicken Besucherzentrum. Betrieben wird es vom ENW, dem Entsorgungswerk für Nuklearanlagen. Das Unternehmen ist Eigentümer des riesigen Geländes direkt am Greifswalder Boden. Heute werden hier nicht nur das Kernkraftwerk [Greifswald](#) selbst zurückgebaut, sondern auch Anlagen aus anderen Kernkraftwerken aus den alten Bundesländern und die Reste des Reaktors von Rheinsberg, des ersten AKWs der DDR, zerlegt. Zudem funktioniert das Gelände auch als atomares Zwischenlager.

Im Flur des Besucherzentrums steht Hartmut Schindel, der trotz seiner Pensionierung im Februar weiter Gäste durch seinen einstigen Arbeitsplatz führt. Schindel gehört quasi zum Inventar, war seit 1976 im Kernkraftwerk Greifswald beschäftigt. Zunächst arbeitete er als Schichtleiter in der Konditionierung von radioaktiven Elementen. Bereits Ende der 1960er Jahre waren mehr als 10.000 Menschen auf der Baustelle des Kernkraftwerkes beschäftigt. „Die war nachts taghell“, so Schindel.

## Kernkraftwerk Greifswald belebte eine ganze Region

Das Kraftwerk Lubmin, wie es auch hieß, wurde quasi schlüsselfertig aus der Sowjetunion geliefert, sagt Anna Veronika Wendland, Historikerin, die unter anderem zur Atomtechnik forscht. „Dazu kamen auch Ingenieure und Techniker aus der UdSSR zur Hilfe.“

Greifswald, zuvor ein verschlafenes Städtchen, wuchs durch die für das KKW errichteten Plattenbausiedlungen schnell. Der zeitweilig längste Doppelstockzug Europas brachte die Mitarbeiter zu jeder Schicht aus der Stadt zum kraftwerkseigenen Bahnhof. „Der Betriebsausweis war der Fahrschein“, so Schindel. Ende 1973 startete der Testbetrieb. Im Juli 1974 ging der erste Block ans Netz der DDR.

Als Hartmut Schindel 1976 seine erste Schicht begann, wurde Block 3 gerade für den Betrieb vorbereitet. „Ich war immer technisch sehr interessiert“, sagt er. In den 1970er Jahren galt die Kernenergie in der DDR, wie auch in der Sowjetunion, als Zukunftstechnologie. Für die DDR war die Inbetriebnahme ein großer Erfolg, denn in Lubmin wurden mehr als zehn Prozent des gesamten Stroms der DDR produziert. Und die DDR brauchte den Strom für die Industrie.

Die drei nördlichen Bezirke Rostock, Schwerin und Neubrandenburg, die heute das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern ausmachen, waren beinahe ausschließlich vom KKW Greifswald abhängig. Die erste Bewährungsprobe bestand die Anlage in der Schneekatastrophe 1978/79, als durch massive Schneeverwehungen die Kohlekraftwerke stillstanden. „Das Kernkraftwerk Greifswald arbeitete zuverlässig durch und verhinderte wohl Schlimmeres“, berichtet Schindel.

## Nach Anzahl der Reaktoren größtes Atomkraftwerk seiner Zeit geplant

Auch als Arbeitgeber war das Kraftwerk beliebt. Die Jobs in Lubmin galten als zukunftsträchtig, waren gut bezahlt. „Und wir haben gut zusammengearbeitet und gemeinsam gefeiert“, erzählt

Hartmut Schindel. Große Pläne hatte die DDR-Führung für den Standort. „Greifswald wäre bei Fertigstellung das größte Atomkraftwerk der Welt gewesen – zumindest was die Anzahl der Reaktoren betrifft“, so Schindel. Acht Stück davon hätten am Ende direkt an der Ostsee gestanden.

Die Blöcke 5 bis 8 wären die des neueren Typs WWER-440/213 gewesen. Block 5 war bereits 1989 fertig, ging sogar in den Probetrieb. Block 6 wurde bereits zu 90 Prozent fertig gebaut. Auf der Besuchertour durch das Kraftwerk ist schon der Schritt durch die Türen der Anlagenräume ein großer. Die Betonwände des im Falle eines Störfalls abgeriegelten Containments sind 1,30 Meter dick. Der Auslegungsstörfall, den die Anlagen Greifswald-5 und -6 mit ihren Notkühlsystemen hätten beherrschen können, wäre wie in den westlichen Anlagen ein vollständiger Abriss der Hauptkühlmittelleitung gewesen. Doch vollendet wurden sie nie.

## Spiegel-Artikel ruinierte das Image

Erste Risse bekam die Zuversicht in die Atomenergie nach Tschernobyl. Durch Westmedien hörten auch DDR-Bürger von dem Reaktorunglück in der Sowjetunion. Im SED-Politbüro setzte eine Diskussion über die Sicherheit im Kraftwerk ein, die aber im Schatten des wachsenden Energiebedarfs der DDR stand. Doch mit der Wende änderten sich auch die Bedürfnisse für den ostdeutschen Strommarkt. Die westdeutschen Energiekonzerne hatten damals Überkapazitäten und seien wegen der Anti-Atombewegung unter Druck gewesen. „Da hat man den Ball flach gehalten“, so Atom-Expertin Wendland. Zudem sei absehbar gewesen, dass durch die Abwicklung vieler unwirt-

schaftlicher DDR-Betriebe der Bedarf für Strom in Ostdeutschland insgesamt sinken würde. Und noch ein Problem gab es: „Die westlichen Fachleute wussten sehr wenig über die Kraftwerke im Osten, und zwar weder über die teilweise dramatischen Störfallerfahrungen, noch über Robustheit und Sicherheitsvorteile des WWER-440/213, die dieser in Störfallsituationen ausspielen konnte“, so Wendland. Als dann im Frühjahr 1990 ein Spiegel-Artikel mit dem Titel „Tschernobyl Nord“ erschien, in dem es um Sicherheitsprobleme in den älteren Reaktoren 1 bis 4 ging, war das Schicksal des größten Atomkraftwerks der DDR besiegelt. „Wenn so etwas passiert, ist man fertig. Das ließ sich imagemäßig nicht mehr reparieren“, konstatiert die Historikerin. Für die Kernkraftwerker in Greifswald war das hingegen eine Ehrverletzung. „In Tschernobyl waren RBMK-Reaktoren verbaut, bei uns WWER-Reaktoren“, so Hartmut Schindel. Der in Russland bis heute eingesetzte Tschernobyl-Typ, ein graphitmoderierter Druckröhren-Siedewasserreaktor, hatte schwere Konstruktionsmängel, die zum Unfall von 1986 beitrugen, die aber die WWER-Druckwasserreaktoren nicht betrafen.

### **Baustopp trotz höherer Sicherheit als manche Westreaktoren**

Die Empörung der Mitarbeiter nützte nichts. Die Bauarbeiten für Reaktor 7 und 8 wurden gestoppt. Der Probebetrieb von Reaktor 5 wurde im November 1990 untersagt und Reaktor 6 ging

erst gar nicht in Betrieb. „Das war für uns als Kernkraftwerker sehr traurig“, berichtet Hartmut Schindel über die Wendezeit. Dabei hat Schindel für die Abschaltung der Blöcke 1 bis 4 sogar Verständnis. „Sie gehörten zum Typ WWER 440/230“, berichtet er. Diese galten auch in den 1980er Jahren schon als veraltet und unsicher. „Die hätte ich auch als Kernkraftbefürworterin abgeschaltet“, so Atomexpertin Wendland. Block 5 und 6 hätten nach Einschätzung der Expertin zu einigermaßen vertretbaren Kosten für die bundesdeutschen Sicherheitsstandards nachgerüstet werden können. „Der Fertigbau wäre unter Klimaschutz-Gesichtspunkten sinnvoll gewesen, aber das war damals kein Thema“, meint Anna Veronika Wendland. Die beiden Reaktoren hätten ein fortschrittlicheres Sicherheitskonzept als etliche ältere Anlagen in westlichen Ländern. „In Tschechien, der Slowakei und Ungarn wurden die Reaktoren dieses Typs nachgerüstet, laufen bis heute und sind nach EU-Standards genehmigungsfähig.“ Es seien zwar Umbaumaßnahmen notwendig, aber machbar gewesen. Stattdessen habe man in den neuen Bundesländern auf Braunkohle und später auf Erneuerbare gesetzt. „Es wurden sogar noch neue Braunkohlekraftwerke errichtet“, sagt Wendland.

### **Arbeiter verließen Baustelle über Nacht**

Doch es fand sich kein Unternehmen, welches das Risiko für die Kosten übernehmen wollte. Von einem Tag auf den

anderen wurden 5000 Bauarbeiter entlassen. „Die ließen ihre Sachen zum Teil abends stehen und kamen früh nicht wieder“, so Schindel. Auch 3000 Mitarbeiter des Kraftwerkes wurden vor die Tür gesetzt. Es blieben nur 1800 übrig. „Heute sind es nur noch 1040“, so der pensionierte Kernkraftwerker.

Immerhin: Bis in die 2050er Jahre sollen die Mitarbeiter mindestens noch Arbeit haben. Und auch für viele andere öffneten sich Türen. „Einige fanden in westdeutschen AKWs Arbeit“, berichtet Anna Veronika Wendland. „Die Kernkraftwerker aus Greifswald waren wegen ihrer soliden Ausbildung geschätzt und machten Karriere als Schichtleiter und Abteilungsleiter. Ich habe einige bei meinen Forschungsaufenthalten in westdeutschen Kraftwerken getroffen“, berichtet sie.

Für Besucher hingegen ist auch der Bauabbruch des Reaktors 6 vor Inbetriebnahme ein Glücksfall. Es sei der einzige Reaktor mit solch einer Besucherroute, erklärt Hartmut Schindel. „Man kann hier einen fast fertigen Reaktor sehen, der aber nie mit Brennelementen befüllt wurde“, sagt er. Deshalb sei das Gebäude auch nicht radioaktiv belastet. Die Einzigartigkeit sei auch der Grund, warum er mit anderen Mitstreitern mindestens den Block 6 des Kraftwerkes als technisches Denkmal erhalten wolle. Dazu habe man einen Antrag gestellt. Das wäre zumindest ein kleiner Sieg für Schindel. Die Milliarden, die der Bau gekostet habe, seien sonst völlig umsonst ausgegeben worden. ■

<b>Abbildung:</b>	Kernkraftwerk Greifswald bei Lubmin: Sechs Reaktoren wurden hier gebaut. Nur vier davon gingen überhaupt ans Netz. Das Bild zeigt das Kraftwerk kurz nach der Stilllegung im Januar 1991.
<b>Fotograf-in:</b>	Rust/Imago
<b>Abbildung:</b>	Hartmut Schindel zeigt Besuchern das Außengelände des früheren Kernkraftwerkes Greifswald.
<b>Fotograf-in:</b>	Peter Althaus
<b>Abbildung:</b>	Die Anlage von Block 6 des Kernkraftwerkes Greifswald war bereits zu 90 Prozent fertiggestellt und hätte mit wenig Aufwand in Betrieb gehen können.
<b>Fotograf-in:</b>	Peter Althaus
<b>Abbildung:</b>	Eine Stele warb für das Kernkraftwerk Nord als Großbaustelle der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft. 1991 stand der Bau allerdings schon Monate still. Es folgte der Rückbau.
<b>Fotograf-in:</b>	Rust/Imago
<b>Abbildung:</b>	Luftbild des früheren Kernkraftwerkes Greifswald bei Lubmin. Sechs Reaktoren wurden hier gebaut. Nur vier davon gingen überhaupt ans Netz.
<b>Fotograf-in:</b>	Christian Thiel/Imago
<b>Abbildung:</b>	Hartmut Schindel führt durch das Kernkraftwerk Greifswald in Lubmin. Er sagt die Besucherroute durch den Reaktor sei einzigartig, da man hier Orte zeigen können, die Besucher sonst bei einem Besuch in einem Atomkraftwerk nie sehen würden.
<b>Fotograf-in:</b>	Peter Althaus
<b>Wörter:</b>	1364

**Seite:** 22  
**Ressort:** Region  
**Mediengattung:** Tageszeitung

**Auflage:** 9.315 (gedruckt)<sup>1</sup> 10.066 (verkauft)<sup>1</sup>  
 10.221 (verbreitet)<sup>1</sup>  
**Reichweite:** 0,025 (in Mio.)<sup>2</sup>

<sup>1</sup> IVW 2/2024<sup>2</sup> AGMA ma 2024 Tageszeitungen

# Letztes Kapitel in Gorleben

## Rückbau von Atommüll-Zwischenlager soll bald beginnen – Bund muss zahlen

**Gorleben** – Nach den Verzögerungen beim Rückbau des Salzbergwerks Gorleben will Niedersachsen nun zügig mit den Arbeiten am Castor-Standort beginnen. „Ich setze darauf, dass das Kapitel Gorleben nun wirklich geschlossen wird und erwarte, dass dies nun beschleunigt erfolgt“, sagte Umweltminister Christian Meyer (Grüne) vor Kurzem bei einem Besuch des Zwischenlagers für radioaktiven Abfall im Wendland. „Spätestens Anfang 2025 muss der Rückbau beginnen, damit das Vertrauen in der Region wiederhergestellt wird.“

Bezahlen muss das nach Angaben des Ministeriums allerdings der Bund. Dafür müsse Berlin nun auch die Mittel im Haushalt zur Verfügung stellen, sagte eine Sprecherin. Früheren Angaben zufolge sind allein für den Rückbau in Gorleben mehr als zwei Milliarden Euro erforderlich.

Nach jahrelangem Streit war der Salzstock Gorleben im Jahr 2020 aus der Endlagersuche für Atommüll herausgefallen. Wegen fehlender Genehmigungen hatte sich der Rückbau zuletzt aber verzögert. Ziel sei es, dass die Stilllegungsgenehmigung bis Jahresende erteilt werde, kündigte Meyer an. „Der Salzstock in Gorleben ist als Endlager ungeeignet und muss nun schnell verfüllt werden“, betonte der Minister. Daher müsse zügig mit dem Rückbau begonnen werden. „Das Misstrauen in der Bevölkerung kann ich sonst gut nachvollziehen.“

Gorleben soll aber länger als bisher geplant als Zwischenlager in Betrieb bleiben. Die bisherige Genehmigung läuft 2034 aus. „Wir werden in Gorleben rechtzeitig eine neue Genehmigung beantragen“, kündigte die Chefin der bundeseigenen Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ), Bettina Hesse, bei dem Minister-Besuch an. Das gelte aber nicht nur für Gorleben, sondern auch für alle anderen Standorte bundesweit.

Grund ist die weiter andauernde Suche nach einem Endlager. Das Bundesumweltministerium geht davon aus, dass erst bis 2050 ein Standort gefunden sein wird. Gorleben hat ein Lager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle sowie ein Lager mit Transportbehältern mit hochradioaktivem Müll (Castorlager).

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) hatte sich zuvor besorgt gezeigt, Gorleben könnte noch lange als Zwischenlager genutzt werden. Ursprünglich habe der Rückbau Mitte 2024 beginnen sollen. „Es könnte auch sein, dass man einen Plan B verfolgt und es deshalb offenhält“, sagte Wolfgang Ehmke, Sprecher der BI. „Wir haben Angst, dass aus der Zwischenlagerung eine Langzeitlagerung wird für 80 bis 100 Jahre.“

Einem Vorstoß aus Bayern, alle 16 bundesweiten Zwischenlager in Gorleben zu bündeln, erteilte Meyer erneut eine Absage. „Dazu sage ich klar: Gorleben

wird kein Standort für bayerischen Atommülltourismus“, so der Grünen-Politiker. „Es fehlt nicht nur der Platz, um alle Castoren aus Deutschland jetzt oberirdisch in Gorleben zu lagern, sondern es wäre auch völlig verantwortungslos.“

Im August hatte der Landrat des bayerischen Landkreises Landshut, Peter Dreier von den Freien Wählern, für Empörung in Niedersachsen gesorgt. Er schlug vor, die bundesweit 16 Zwischenlager in Gorleben zu vereinen. Umweltminister Meyer hatte das damals das als „Dreistigkeit und Unverschämtheit“ verurteilt.

Nach Angaben der BGZ soll Gorleben durch Baumaßnahmen besser geschützt werden, zum Beispiel gegen mögliche Terrorangriffe. Aus Sicht der Atomkraftgegner reicht jedoch eine zehn Meter hohe Mauer rund um die Halle mit hochradioaktiven Abfällen nicht aus. „Uns interessiert, wer zuständig ist, was die Abwehr von Drohnenangriffen angeht“, sagte Ehmke.

Meyer forderte bei seinem Besuch nun eine Flugverbotszone über dem Zwischenlager. „Hier darf es keine Sicherheitsrabatte geben.“ Laut BGZ soll zudem eine neue Sicherheitszentrale für den Werkschutz in Gorleben gebaut werden. Danach könne die sogenannte Pilotkonditionierungsanlage stillgelegt und abgerissen werden.

DPA

**Abbildung:** Das Gelände des ehemaligen Erkundungsbergwerks: Die Genehmigung für das Zwischenlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle ist eigentlich bis 2034 gültig. © Philipp Schulze/dpa  
**Abbildung:** Behälter mit radioaktivem Müll stehen im Zwischenlager im niedersächsischen Gorleben. © Sina Schuldt/dpa  
**Wörter:** 570  
**Urheberinformation:** Alle Rechte vorbehalten. (c) Hersfelder Zeitung

**Seite:** 27  
**Ressort:** Landkreis  
**Mediengattung:** Tageszeitung

**Auflage:** 14.881 (gedruckt) <sup>1</sup> 15.692 (verkauft) <sup>1</sup>  
15.799 (verbreitet) <sup>1</sup>  
**Reichweite:** 0,125 (in Mio.) <sup>2</sup>

<sup>1</sup> IVW 2/2024

<sup>2</sup> AGMA ma 2024 Tageszeitungen

## Castor-Info jetzt auch am Dienstag

(cz). Die Bürger sollen sich über den geplanten Castor-Transport nach Philippsburg gut informiert fühlen. So jedenfalls lässt sich die Tatsache interpretieren, dass es nun schon zwei Bürger-Informationen gibt. Allein ein wichtiges Detail wird wohl weder beim einen noch beim anderen Termin verraten: Wann der Zug rollt. Insider gehen von einem Termin im November aus.

Vor einigen Tagen kam die Ankündigung für ein Bürger-Dialogforum, das am Mittwoch, 23. Oktober, um 18 Uhr in der Bruhrainhalle in Huttenheim stattfindet. Ausgerichtet wird es von der EnBW und der Gesellschaft, die die Zwischenlagerung des Atom Mülls über-

wacht, der BGZ.

Dieser Tage lädt nun auch das Umweltministerium des Landes ein. Bereits am Dienstag, 15. Oktober, sollen sich die Bürger von 18 bis 19.30 Uhr bei einem Online-Termin informieren können. Das sechste Infoforum ist eine interaktive Livestream-Veranstaltung, die sich an alle interessierten Bürgerinnen und Bürger sowie Pressevertreter richtet. Wer teilnehmen möchte, muss sich vorher über die Homepage des Umweltministeriums registrieren unter: <https://bnn.link/bjg>. Das teilte das Ministerium mit.

Klar ist: Die vier Castoren aus der Wiederaufbereitungsanlage in La Hague

kommen noch in diesem Jahr. Der Transport ist mit großen Sicherheitsvorkehrungen verbunden. „Auf dem Infoforum wollen wir über dieses Thema informieren und Fragen dazu beantworten“, heißt es weiter.

Neben Umweltministerin Thekla Walker (Grüne) und Vertretern der für die Atomaufsicht zuständigen Abteilung im Ministerium werden auch Fachleute der EnBW, der Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) als Betreiberin der Zwischenlager und des Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) am Infoforum teilnehmen.

**Wörter:** 243

**Urheberinformation:** Alle Rechte vorbehalten - Badische Neueste Nachrichten Badendruck GmbH

© 2024 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

**Autor/-in:** Karl-Ernst Hueske  
**Ressort:** Online

**Visits (VpD):** 0,215 (in Mio.)<sup>1</sup>  
**Unique Users (UUpD):** 0,020 (in Mio.)<sup>2</sup>

**Mediengattung:** Online News

**Weblink:** <https://www.braunschweiger-zeitung.de/niedersachsen/wolfenbuettel/article407434167/asse-ii-wolfenbuettels-kreistag-kritisiert-kurzen-pruefzeitraum.html>

<sup>1</sup> von PMG gewichtet 02-2024

<sup>2</sup> gerundet agof ddf Ø-Tag 2023-01 vom 08.03.2023, Gesamtbevölkerung 16+

## Schachtanlage Asse

# Zoff um Asse II: Wolfenbütteler Kreistag legt sich mit Behörden an

Ein Abgeordneter wollte nur bei der Verwaltung den Stand eines Protestschreibens erfragen. Nach der Antwort machte er sich Luft.

Karl-Ernst Hueske  
Empörung machte sich bei der jüngsten [Sitzung des Kreistags](#) breit, als sich ein Kreistagsabgeordneter bei der Verwaltung erkundigte, was aus dem Protestschreiben des Kreises geworden sei – mit der Bitte, im Rahmen des Raumordnungsverfahrens alternative Asse-ferne [Standorte für die Zwischenlagerung des radioaktiven Mülls](#) aus der maroden [Schachtanlage Asse II](#) zu berücksichtigen. Der Landkreis hatte dem Land einige konkrete alternative Standorte vorgeschlagen, etwa bestehende Zwischenlagerstandorte, Truppenübungsplätze oder auch Bunkeranlagen und Tunnel.

Sven Volkers, als Umweltdezernent auch zuständig für das weitere Vorgehen zum Thema Asse II, berichtete, dass der Kreis dem vom Land beauftragten [Amt für regionale Landesentwicklung \(ArL\)](#) in Braunschweig den Kreistagsbeschluss am 17. Juni mitgeteilt und eingehend erläutert habe. Am 9. September sei die Antwort aus Braunschweig gekommen: Die Vorschläge für alternative Standorte seien nicht prüffähig.

### Scharfe Kritik aus Wolfenbüttel am ArL Braunschweig

Volkers verknüpfte dies mit der Kritik: „Das Verhalten des ArL Braunschweig ist für uns absolut befremdlich. Eine Auseinandersetzung mit der differenziert dargelegten Rechtsauffassung des Landkreises ist nicht ersichtlich. Seit über zwei Jahren schweigt sich das Land aus – sowohl das verantwortliche Mini-

sterium als auch das ArL Braunschweig als verfahrensführende Behörde. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass vom Land hier ein Schmalspurverfahren beabsichtigt ist, in dem der Öffentlichkeit eine echte Möglichkeit der Beteiligung erheblich erschwert wird.“

Volkers Kritik am Beteiligungsverfahren für den Zwischenlagerstandort für den Atommüll aus Asse II basiert noch auf weiteren Punkten. So habe das ArL in einem Schreiben vom 9. September den Kreis darauf hingewiesen, dass das Verfahren im September in seine finale Phase eintreten und das Beteiligungsverfahren gestartet werde, sofern dann die vollständigen Unterlagen vorlägen. Volkers berichtete: „Für Überraschung sorgte zwei Tage später die Veröffentlichung im Niedersächsischen Ministerialblatt, dass das Beteiligungsverfahren gestartet wird.“

### Unterlagen des BGE enthalten keine Aussagen zu alternativen Standorten

Die für das Asse-Bergwerk zuständige [Bundesgesellschaft für Endlagerung \(BGE\)](#) hat zwei Jahre nach der Antragskonferenz die für das Raumordnungsverfahren erforderlichen Unterlagen, allerdings ohne Aussagen zu alternativen Standorten, zusammengestellt. Die Dokumente umfassen fast 1000 Seiten. Das ist laut Volkers „ein breiter Ordner, gefüllt mit doppelseitig bedrucktem Papier“. Die Unterlagen können bis 18. Oktober unter <https://www.beteiligung-landesplanung.de/rvp-asse/beteiligung.php> eingesehen werden.

Zu diesen Unterlagen muss sich nun der Kreis äußern, wenn er überhaupt noch Einfluss auf das Verfahren nehmen will. Allerdings bleiben ihm dafür nur vier Wochen. Volkers: „Das Verhalten des ArL Braunschweig ist für mich absolut befremdlich. Zum Raumordnungsverfahren beziehungsweise der Raumverträglichkeitsprüfung gehört nach unserer Lesart des Raumordnungsgesetzes ausdrücklich, ernsthaft in Betracht kommende Alternativen zu prüfen.“

### Auslegungszeitraum in den Herbstferien wird ebenfalls kritisiert

Auswahl und Bewertung solcher Alternativen müssten durch die BGE erfolgen, die das Zwischenlager bauen möchte. Das ArL habe dann die Darlegung zu prüfen, so der Umweltdezernent, der auch die Festlegung des Auslegungszeitraums mitten in den Herbstferien als „äußerst irritierend“ bezeichnete.

Der vom ArL Braunschweig festgesetzte Zeitraum für die Unterlagenprüfung sei, so Volkers, ein Schlag ins Gesicht gerade auch der „lokalen Akteure“, also der Asse-Initiativen, die sich als ehrenamtlich engagierte Personen seit vielen Jahren mit dem Vorhaben auseinandersetzen und auch in diesem Verfahren sicherlich Relevantes beizutragen hätten. „Aber auch die Landkreisverwaltung und andere Behörden kommen an ihre Grenzen“, erklärte er.

### Wolfenbütteler Kreistagsabgeordnete üben Kritik

Diese Kritik teilten auch einige Kreis- tagsabgeordnete. So erklärte Björn För- sterling für die FDP: „In 72 Wochen wurde durch BGE und ArL das Raum- ordnungsverfahren vorbereitet und in nur vier Wochen sollen wir das prüfen – das ist absurd. Hier hätten Planungszwi- schenschritte sowie ein Dialog stattfin- den sollen. Wir müssen jetzt deutlich machen, dass hier über die Köpfe der Menschen im Landkreis hinweg ent- schieden wird. Die BGE will ein Zwi-

schenlager am Standort Asse, die ArL hat jetzt den schwarzen Peter.“ „Das Gebaren der Oberen, so nenne ich sie mal, ist ein dicker Hund“, sagte Ber- tolt Brücher (Grüne). „Den Anregungen des Kreistages wurde keinerlei Rech- nung getragen. Die Art und Weise des Umgangs mit uns ist borniert und arro- gant.“ „In diesem Verfahren wird nicht so gearbeitet, wie es demokratisch zu wünschen wäre. Das trägt nicht zum Vertrauen in demokratische Verfahren

bei“, äußerte Michael Wolff, Vorsitzen- der der CDU-Kreistagsfraktion. Wie von der Pressestelle des Landkrei- ses nach der Kreistagsitzung zu erfah- ren war, hat die Kreisverwaltung inzwi- schen beim ArL Braunschweig eine Fristverlängerung zur Abgabe einer Stellungnahme um eine Woche formlos beantragt. Diese Fristverlängerung habe der Kreis bis 25. Oktober gewährt bekommen.

**Abbildung:** Das Raumordnungsverfahren für ein Zwischenlager für den Atommüll aus dem maroden Salzbergwerk Asse II ist in eine finale Phase eingetreten. Allerdings hat der Landkreis nur bis zum 25. Oktober Zeit für eine Stellungnahme.

**Fotograf/-in:** FMN

**Abbildung:** Das Drama um die Schachanlage Asse II geht in die nächste Runde. Diesmal im Fokus: Eine Braunschweiger Behörde.

**Fotograf/-in:** dpa

**Wörter:** 744

**Ort:** Wolfenbüttel

© 2024 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG